



**CDU**

**RATSFRAKTION  
BRAUNSCHWEIG**

## **Schlusserklärung zum Haushalt 2022**

**Thorsten Köster, Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion,  
im Rat am 29. März 2022**

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

erneut liegt eine komplette Haushaltsberatung unter Corona-Bedingungen hinter uns. Allerdings hat dieses Mal sogar die Sitzung des Finanz- und Personalausschusses per Videokonferenz und damit mit deutlich erschwerten Bedingungen stattgefunden. Deshalb geht mein, geht unser erster großer Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Finanzverwaltung. Aber auch an alle Mitglieder in den Bezirksräten, die nach der Kommunalwahl teilweise komplett neu aufgestellt wurden und dann gleich in der zweiten Sitzung Haushaltsberatungen hatten. In diesen Dank schließen wir die Leiter der Bezirksgeschäftsstellen, die Ausschussbetreuer und natürlich nicht zuletzt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Referats 0100 ein. Ihnen allen gebührt ein großer Dank, denn ohne ihren persönlichen Einsatz und ihr persönliches Engagement wäre ein reibungsloser Ablauf für diese Haushaltsberatungen nicht möglich gewesen. Herzlichen Dank dafür!

Und trotz dieser schwierigen Bedingungen bleibt richtig: Corona ist Erklärung für Vieles, darf aber nicht Ausrede für Alles sein! Dies hat die CDU bereits in vergangenen Haushaltsberatungen gesagt und das wiederhole ich auch heute – denn es ist nach wie vor richtig. Wir selbst, das

muss unser Anspruch sein, müssen handeln und unsere kommunale Selbstverwaltung mit Leben füllen. Wenn man sich manche Zitate – auch solche des Oberbürgermeisters – aus den letzten Wochen noch einmal vor Augen führt, kann man jedoch den Eindruck einer gewissen Selbstaufgabe bekommen. Da wurde von der Macht des Faktischen gesprochen, wenn es um die Finanzierung des Klinikums geht und darum, dass uns nicht ausreichend finanzielle Mittel von Land und Bund zur Verfügung gestellt werden. Nur deshalb sei ein Haushaltsausgleich nicht möglich. Auch wenn diese Aussagen im Kern richtig sind, ist doch ebenso klar, dass wir als Kommune selbst handeln müssen und selbst unser Schicksal in die Hand nehmen müssen. Und das bedeutet dann eben auch, zum Beispiel nicht ständig durch einen neuen Braunschweiger Standard oder ein neues Braunschweiger Modell auch noch bei unterschiedlichsten Aufgaben neue Ausgaben zu schaffen, sondern im definierten Standard zu handeln und eigene Einsparmöglichkeiten zu finden.

Denn leider ist momentan genau das Gegenteil eines eigenen Handelns der Fall: Von der Verwaltungsspitze genauso wie von der Haushaltsmehrheit wird nichts unternommen, um finanziell wieder in sicheres Fahrwasser zu kommen. Die mühsam gemachten Einsparungen aus dem KGSt-Prozess sind alleine durch die Anträge zum Stellenplan um ein vierfaches wieder verfrühstückt worden. Alles, was mühsam über Wochen und Monate erarbeitet wurde. Ich kann mich noch lebhaft an die Einführungsveranstaltung in der VW-Halle erinnern. Zunächst hieß es, die städtischen Mitarbeiter sind gebeten daran teilzunehmen. Nachdem man merkte, dass niemand daran teilnehmen wollte, da das Vertrauen in solche Prozesse schon lange aufgebraucht war, gab es dann eine Teilnahmeverpflichtung. Der damalige Oberbürgermeister erklärte wortreich, wie wichtig dieser Prozess sei und über mehrere Jahre wurden hunderte Vorschläge geprüft, bewertet, beschlossen oder abgelehnt. Am Ende

kam in den Haushaltsberatungen des Finanzausschusses am 3. März auf unsere Anfrage hin die Aussage, dass die Verwaltung eigentlich gar nicht so ganz genau wisse, wie viel wir durch den KGSt-Prozess eigentlich einsparen konnten, vermutlich 2,2 Millionen Euro. Auf die konkrete Nachfrage unseres finanzpolitischen Sprechers Claas Merfort, wann die Verwaltung denn genau sagen könne, wieviel durch unsere teilweise schmerzhaften Beschlüsse eingespart wurde, gab es eine ebenso wenig befriedigende Antwort. Man könne auch das nicht genau sagen, möglicherweise nie.

Vielmehr wird auch mit diesem Haushalt die tatsächliche Situation der Stadt Braunschweig verschleiert. Seit Jahren fordern wir einen Abgleich zwischen Ist und Soll. Das heißt, dass bereits bei der Haushaltsaufstellung genau geschaut wird, zu welchen Teilen ein Ansatz im zurückliegenden Jahr verausgabt wurde und dann gegebenenfalls reduziert wird. Das waren teilweise Unterschiede im zweistelligen Millionenbetrag in den zurückliegenden fünf bis sechs Jahren. Auch zu diesem Abgleich zwischen Ist und Soll haben wir die Verwaltung gefragt. Die Antwort war auch genauso uneindeutig wie zuvor schon beim KGSt-Prozess. Es sei – und hier zitiere ich wörtlich – angestrebt. An welcher Stelle des Haushalts dieser Abgleich nun durchgeführt werde, oder wenigstens durchgeführt werden soll, konnte nicht beantwortet werden. Auch das ist ein Beispiel für die vom Kollegen Merfort bereits im Zusammenhang mit dem Haushaltsgrundsätzegesetz genannten ‚Haushaltsklarheit ist Haushaltswahrheit‘.

Diesen Grundsatz gibt es, damit eben nicht verschleiert werden kann. Der nächste Punkt der ja nun auch schon angesprochen wurde und der von uns bereits in der Vergangenheit genauso kritisiert wurde: Im zweiten Jahr in Folge wird ein aktiver Resteaufbau vorgesehen. Uns ist aus

keiner anderen Stadt etwas solches Bekannt. Wir hatten in der vergangenen Woche eine virtuelle Zusammenkunft der CDU-Fraktionen der großen Städte in Deutschland. Und als wir, Kai-Uwe Bratschke und ich waren dabei, in der Videokonferenz fragten, ob das jemand kennen würde, gab es nur großes Achselzucken. Von Flensburg über Dortmund bis nach Freiburg konnte uns niemand ein Beispiel für diese Praxis geben. Wir werden uns mit Sicherheit zu diesem Thema auch nochmal an die Kommunalaufsicht wenden und nachfragen, in wieweit dieses Vorgehen vom Gesetzgeber so gedacht ist.

Es liegt die Frage nah, warum Sie so vorgegangen sind in den letzten Jahren und weiterhin so vorgehen. Sicherlich haben Sie, das haben wir ja schon mehrfach diskutiert, auch nicht wirklich Spaß an solchen Haushaltsberatungen. Sei es ihr Vorgänger im Amt, Herr Dr. Kornblum, oder auch die Ratsmehrheit, die in unterschiedlichsten Konstellationen in den vergangenen Jahren immer auch die Haushaltsmehrheit war. Dass Sie sich verbale Schelten einfangen von uns und anderen Fraktionen. Dafür, dass Haushalte mit hohen zweistelligen Millionenbeträgen verabschiedet werden, die dann aber im Jahresergebnis gar nicht so eintreten.

Warum wird das eigentlich gemacht? Wir haben da eine Vermutung und wir hoffen das Sie uns durch Ihr aktives Handeln beweisen, dass diese falsch ist. Sie wissen seit Jahren, dass Sie die wie auch immer geartete ideologische Debatte Gymnasium gegen IGS nicht gewinnen können. Wir haben schon vor annähernd zehn Jahren die Diskussion darüber geführt, wie wir unsere Schulentwicklungsplanung aufstellen. Durch eine Initiative meiner CDU-Fraktion waren die Vertreter unserer neun Braunschweiger Gymnasien schnell auf der sprichwörtlichen Zinne und haben Sie davon abgehalten, die Axt an die Gymnasien zu legen. Deshalb wissen Sie, dass Sie diese Diskussion nicht bestehen können. Eine solche

oder auch nur eine ähnliche Diskussion, da kann man Ihre Bedenken nachvollziehen, wollen Sie in der Öffentlichkeit auch gar nicht bestehen.

Wie schafft man es dann doch? Mit einer Abstimmung mit den Füßen. Und zwar in der Gestalt, dass die IGS´n gut saniert und in den meisten Fällen sogar neu gebaut werden. Und auf der anderen Seite dann die Gymnasien, die nicht so gut saniert sind, die keinen Ganztagsbetrieb haben und die nicht mit den neusten technischen Anforderungen ausgestattet sind. Genauso wissen Sie aber, dass wir es nicht zulassen, dass die Projekte der IGS´n durchgeführt und die Projekte bei den Gymnasien immer weitergeschoben werden – hier gab es in den letzten zwei bis drei Jahren ebenfalls starken Widerstand von uns. Deshalb nehmen Sie alle Projekte in den Haushalt auf und sagen dann: ‚Alles wird gut. Sie sehen doch, alles ist im Haushalt vorhanden.‘

Ich wünsche mir, nicht wie Carsten Lehmann es für die FDP-Fraktion Eingangs seiner Abschlusserklärung machen musste, dass ich in ein bis zwei Jahren hier nicht stehen und sagen muss, dass Sie uns durch Ihr Handeln leider bestätigt haben. Wenn alles, was Sie sich vornehmen, soweit durchkommt. Wenn alles, was sie sich vornehmen, umgesetzt wird, dann drohen uns Rekordschulden in Höhe von 1 Milliarde Euro. Es wurde ja bereits erwähnt, dass dies eine 1 mit neun Nullen ist. Ich persönlich kann mir überhaupt nicht vorstellen, wie viel 50 Millionen Euro in 100 Euroscheinen sind. Würde es einen Tisch hier im Sitzungssaal bedecken oder wäre das deutlich mehr? Die Summe von einer Milliarde Euro ist einfach unvorstellbar.

In den letzten Jahren war es jedoch relativ einfach für Sie in der Gegenargumentation. Sie konnten uns damit zurückweisen und unsere Kritik damit abtropfen lassen, dass Sie uns stets erklärten, dass wir doch null

Zinsen und null Inflation haben, Sie also in die Zukunft investieren würden. Doch die Situation hat sich nun dramatisch geändert. Dramatisch geändert allein in den letzten Wochen. Dadurch, dass die Inflation in kürzester Zeit auf ein Niveau gestiegen ist, welches wir seit Jahren oder gar Jahrzehnten nicht mehr kannten in diesem Land. Inzwischen ist auch die viel zitierte, und von vielen Denkern oftmals auch herbeigewünschte, Zinswende eingetreten. Und natürlich gibt es neue Unsicherheiten durch die Entwicklung der Energiepreise und vor allem den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Alles das hat nicht dazu beigetragen, dass unsere Welt sicherer geworden ist. Und wir als CDU-Fraktion sind mit diesen mahnenden Worten eben nicht mehr alleine.

Damit meine ich nicht nur einige der Fraktionen hier im Rat, sondern auch die Kommunalaufsicht, bekanntermaßen beheimatet im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport. Und da ist mit Schreiben vom 29. Juli des letzten Jahres Ihnen als Haushaltsmehrheit ins Stammbuch geschrieben worden, dass die dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt Braunschweig aufgrund der kontinuierlich negativen Ergebnisse in der mittelfristigen Betrachtung ernsthaft gefährdet erscheint. Herr Böttcher hat ja vorhin auch schon zitiert, lustigerweise haben sie den Eingangssatz, als es um den Stellenplan ging, weggelassen. Sie haben lediglich die neutrale Feststellung vorgetragen, wonach die Besetzung von neuen Stellen zu Ausgaben auch in den Folgejahren führt. Das Innenministerium hat jedoch sehr wohl eine Wertung vorgenommen. Da heißt es dann: „Mit dem Stellenplan 2021 kommt es bedauerlicherweise wieder zu einer deutlichen Steigerung bei der Gesamtzahl der Stellen.“ Hier ist nochmal ganz klar aufgezeigt worden, auch in weiteren Zitaten, die dann im Bezug auf die Investitionen gehen, dass die Handlungsfähigkeit, die Leistungsfähigkeit der Stadt Braunschweig ernsthaft gefährdet ist. Und

wir stehen nach wie vor vor den großen Herausforderungen. Jeder Einzelne meiner Vorredner in der Abschlusserklärung oder in der Diskussion der finanzpolitischen Sprecher hat deutlich gemacht, vor welchen Herausforderungen wir stehen. Und dafür brauchen wir die entsprechenden finanziellen Mittel, um diese Aufgaben auch in fünf, zehn und auch in fünfzehn und zwanzig Jahren, wenn vermutlich niemand mehr von uns hier politisch aktiv im Rat der Stadt Braunschweig ist, stemmen zu können. Auch dann müssen diese Aufgaben noch gemeistert werden können.

Und wie kann das gelingen? Wir haben zur heutigen Ratssitzung einen Antrag vorgelegt, mit dem wir den Einstieg in die Rückkehr zur soliden Haushaltsführung fordern. Unser Antrag, und da bedienen wir uns dann eben auch an einigen Vorschlägen der Kommunalaufsicht, liegt ihnen vor und deshalb darf ich an dieser Stelle auch darum bitten, dass diesem Antrag zugestimmt wird.

Er beinhaltet für uns sechs wichtige Punkte.

1. Ein Aussetzen der Dynamisierung. Und ein Aussetzen der Dynamisierung heißt eben nicht, dass den freien Trägern, die die Zuschüsse erhalten, etwas gestrichen wird. Sondern das bedeutet einfach nur, dass keine Erhöhung stattfindet. Das ist ein himmelweiter Unterschied. Auch wenn hier versucht wird Ängste zu schüren, indem einfach wider besseren Wissens das Gegenteil behauptet wird. Die Dynamisierung wurde mal beschlossen in solchen Zeiten, in denen wir es uns leisten konnten. Wir haben in der letzten Ratssitzung durch unser Abstimmungsverhalten deutlich gemacht, dass wir der Auffassung sind, dass wir es uns nicht mehr leisten können. Sie müssen dann auch irgendwann ernsthaft die Frage

beantworten, wann der Punkt erreicht ist, an dem wir es uns auch aus ihrer Sicht nicht mehr leisten können.

2. Der bereits angesprochene Abgleich zwischen Ist und Soll, denn das tut sprichwörtlich Niemandem weh. Aber es bringt uns dann wenigstens in die Situation, dass wir die Haushalte besser einschätzen können. Dass wir sehen können, in welchen Bereichen waren die Ausgaben im letzten Jahr nicht so hoch wie angenommen und deshalb sollten wir es auch für das nächste Jahr dementsprechend ansetzen.
3. Der Netto-Null-Stellenplan ist bereits mehrfach diskutiert worden und hat natürlich klare Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt. Und dann nicht nur für die Aufwendungen im laufenden Jahr, sondern auch in den Folgejahren mit Tarifsteigerungen, Pensionsrückstellungen und so weiter.
4. Die Digitalisierungsrendite. Wir haben seit Jahren schon über Digitalisierung gesprochen. Wir haben Konzepte gehört, aber komischerweise dann nie, wie am Ende Kapazitäten frei werden, um sie dann an anderer Stelle einzusetzen.
5. Die Haushaltsreste sind ebenfalls heute bereits mehrmals angesprochen worden. Wir möchten, dass die Verwaltung uns halbjährlich einen Bericht vorlegt, an welcher Stelle die Haushaltsreste entstanden sind, was das für Auswirkungen hat und wie wir da am Ende entgegen können.
6. Einen großen Anteil am jeweiligen Defizit machen natürlich die Gesellschaften aus. Und für diese brauchen wir, genau wie wir das mit der KGSt hatten, externe Beratung für die Gesellschaften. Allerdings erwarten wir natürlich deutlichere, bessere Ergebnisse



Mit einer Mär möchte ich hier noch einmal aufräumen: Es klang an mancher Stelle in der heutigen Debatte schon an und es kommt sicherlich später noch einmal. Da heißt es dann: ‚Wer sparen will, muss genau sagen, wo – am besten noch mit jeder Haushaltsstelle – er dann gedenkt, den Haushalt wieder ins Lot zu bringen.‘ Das ist natürlich Unsinn und das wissen Sie alle auch genau. Das konnten Sie, die heutige Ratsmehrheit, als Sie noch die Minderheit stellten nicht und das ist bei uns heute genauso. Ohne die Unterstützung der Verwaltung, natürlich auch der Verwaltungsspitze, geht so ein solcher Prozess nicht. Es muss der klare Wille vorhanden sein. Der klare Wille für eine deutliche Kurskorrektur, der klare Wille für eine Rückkehr in die solide Haushaltsführung. Da dieser Wille nicht, noch nicht einmal im Ansatz erkennbar ist, können wir als CDU-Fraktion dem Haushalt 2022 nicht zustimmen. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.